

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 34.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsereate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 24. August 1907.

Verlag: A. Pohrborg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. G. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Der Wirtschaftsmarkt und die Aussichten für die Arbeiterschaft.

Für das Kapital ist das treibende Moment bei der Gütererzeugung nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erzielung von Gewinn. Diesen erlangt der Kapitalist, indem er die durch Verwendung von Arbeitskraft hergestellten Güter zu höheren Preisen, als die Selbstkosten ausmachen, verkauft. Daher bestimmt auch nicht die Konsumfähigkeit des Volkes den Grad der Gewinnerzeugung, sondern die Aussicht auf Gewinn, Profit. Das springt für jeden klar in die Augen zu Zeiten einer wirtschaftlichen Krise. Die Menschen leiden Not; eine Unsumme von Bedürfnissen wird nicht befriedigt, und doch sind die technischen Möglichkeiten vorhanden, alle diejenigen Güter herzustellen, nach denen die Darbenden und Entbehrnden Verlangen tragen. Es stehen ja Fabriken still und arbeitsfähige Männer und Frauen, die sich um Beschäftigung drängen, liegen auf der Landstraße. Mancher Hunger bleibt ungestillt, manche Blöße unbedeckt, manche Arbeitskraft unbeschäftigt, nicht weil die Menschen zu träge sind zu arbeiten, oder weil sie nicht Verlangen tragen, die geringsten Bedürfnisse zu befriedigen, sondern weil das Kapital keinen Profit machen kann; weil das Kapital sich keinen Gewinn verspricht, wird die Gütererzeugung zeitweilig eingeschränkt: das ist die Krise, und die bürgerliche Nationalökonomie bezeichnet Ueberproduktion als Ursache dafür! Angeblieh sollen zuviel Güter erzeugt sein, darum müsse der ganze Apparat der Warenherstellung stocken.

Tatsächlich kann also von einer Ueberproduktion schlechthin nie gesprochen werden, denn den vorhandenen Gütern stehen immer Bedürfnisse gegenüber. Wohl kann es vorkommen, daß von irgend einem bestimmten Artikel viel mehr produziert wird, als erforderlich ist, aber das rechtfertigt doch nicht, daß viele Menschen an allen und an den notwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel leiden. In Wirklichkeit verhält die Sache sich so, daß die große Masse zu arm ist, das heißt zu wenig an Lohn bekommen hat, um die von ihr produzierten Waren zurückzukaufen. In diesem Sinne ist das Wort „Ueberproduktion“ zu verstehen. Gerade die sogenannten Hochkonjunktoren arbeiten am schärfsten auf Krisen hin, denn in diesen Perioden ist die Spannung zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen am größten, sind die Gewinne des Kapitals am höchsten und die Konjunktur der großen Masse bleibt am weitesten hinter der Summe der produzierten Güter zurück. Trotzdem tritt eine Krise aber nicht an genau bestimmbareren Terminen ein; ihre Dauer und ihre Intensität ist nicht vorher zu berechnen und zu messen. Dafür ist doch zu wenig Gesetzmäßigkeit in der kapitalistischen Produktionsweise, die Gewinnrate ist sehr verschieden und von einer Reihe Faktoren abhängig, der Ueberblick über die Gesamtproduktion und den Konsum fehlt. Kurzum, die Anarchie in der kapitalistischen Warenerzeugung macht den Eintritt einer Krise, den Grad derselben von nicht im voraus zu messenden Faktoren abhängig.

Wenn die nächste Krise eintritt, darüber streiten sich die Fachgelehrten schon seit anderthalb Jahren; das Hin- und Herraten begann vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge am 1. März v. J. Und heute ist die Frage noch nicht entschieden. Für den einen hat die Krise bereits eingesetzt, weil in einzelnen Industrien die Arbeitsintensität nachläßt, für den anderen hängt der Wirtschaftshimmel noch voller Geigen, er glaubt annehmen zu dürfen, daß der jetzige Grad der Gütererzeugung mindestens noch längere Zeit anhalten wird. Einen starken Einfluß auf die industrielle Konjunktur üben die Ernten aus. Auch äußere Umstände, wie die Katastrophe in San Francisco, der russisch-japanische Krieg, waren von großem Einfluß auf dem Weltwirtschaftsmarkt. Bei den letzteren Vorkommnissen wurden viele Güter, die ersetzt werden müssen, zerstört, andererseits schieden die betroffenen Städte oder Länder mehr oder minder aus dem Produktionsprozeß aus; neben einem stärkeren Bedürfnis nach Erzeugnissen wurde wirksam die Verminderung der Produktionsmittel. Bei den Ernten kommt zweierlei in Betracht: Gute Ernten in Lebensmitteln verheizen relativ billige Ernährung und damit auch billige Arbeitskraft für die Industrie; gute Ernten in Rohprodukten für die Industrie, z. B. Baumwolle und Flach, verbilligen die sachlichen Selbstkosten für Textilzeugnisse. Das sind Momente, die die Unternehmungslust anregen und sie waren in der Hauptsache bestimmend für die nun seit ca. 2 Jahren währende Hochkonjunktur, von der alle Industrietäaten in einem Grade erfaßt sind, wie das bisher in derselben Gleichmäßigkeit und in derselben Intensität noch nie der Fall war.

Eine jede gute Konjunktur trägt in sich zunächst eine weitestreichende Kraft. Die Aussicht auf Gewinn, das heißt Gewinn, der viel höher ist als der Zinsfuß für die sogenannten festverzinslichen Werte, als da sind Sparkasseneinlagen, Hypotheken, staatliche und kommunale Schuldverschreibungen usw., lockt alles verfügbare Kapital an. Sparkassenguthaben werden abgehoben und Staatspapiere verkauft, um das Geld in der

Industrie anzulegen. Mit den zufließenden Geldern werden neue Anlagen gegründet, die bestehenden erweitert und modern ausgebaut. Diese Neu- und Erweiterungsbauten vermehren die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, ohne daß mit deren Befriedigung Konsumbedürfnisse gedeckt werden. Es werden vorläufig nur die Produktionsmittel vermehrt, die allerdings später arbeitssuchend auf dem Markt erscheinen und schließlich helfen, die Nachfrage hinter das Angebot zurücktreten zu lassen. Da die Jagd nach Kapital diesmal in allen Ländern gleichmäßig in derselben wilden Zügellosigkeit sich einstellte, stieg der Preis des Geldes zu schwindelnder Höhe hinauf. Um zwei, drei und mehr Prozent wird heute Leihgeld teurer bezahlt, als in Jahren ruhiger Verhältnisse. Diese Ausschreitungen muß natürlich in letzter Linie die produktive Arbeit ausbaden. In einem Beispiel sei das illustriert: Die Stadt Berlin hat noch eine größere Anleihe zu begeben, von der jetzt 100 Millionen Mark aufgenommen werden sollen. Nach dem Anleiheplan sollen 5 1/2 Prozent gezahlt werden. Zu solchem Satz ist zurzeit aber kein Geld zu haben, sodaß jedenfalls zu 4 Prozent abgeschlossen wird. Dieses halbe Prozent mehr macht pro Jahr 500 000 Mk. Zinsen aus! 100 Millionen sind im gesamten Wirtschaftsleben aber nur eine Bagatelle; da kann man sich denken eine Vorstellung davon machen, was die Verteuerung der vielen als zinstragendes Kapital arbeitenden Milliarden der produktiven Arbeit für Lasten auferlegt.

Die Verteuerung des Geldes kann naturgemäß nur bis zu einer gewissen Höhe gehen. Wenn die Zinsen für Leihkapital den aus der Warenerzeugung zu erzielenden Gewinn mehr und mehr auffaugen, dann schwächt die Unternehmungslust ab und hört schließlich ganz auf. Die hohen Zinssätze sind in der Regel die Vorboten der Krise. Daß auf diese aber auch andere Momente hinwirken können, ist schon erwähnt. Mit Einführung der neuen Handelsverträge, glaubte man vielfach, werde in Deutschland die Hochkonjunktur vorbei sein, weil durch diese Verträge einmal die Einfuhr von Lebensmitteln erschwert, die Preise dafür in die Höhe getrieben und andererseits der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen Schwierigkeiten bereitet wurden. Die Befürchtungen haben sich nicht verwirklicht, nicht weil die neuen Handelsverträge die ihnen zugeschriebenen bösen Wirkungen nicht ausüben, sondern weil die Gunst der Verhältnisse auf dem Weltmarkt stark genug war, die von den neuen Handelsverträgen ausgehenden Hindernisse zu überwinden. Auch andere Ereignisse, die wiederholt den Markt beunruhigten, wie z. B. die Revolution in Rußland, die Befürchtung internationaler Verwickelungen, Nachrichten über Mißernten usw., konnten keine Katastrophen herbeiführen. Prospektieren ist ein schlechtes Geschäft, doch wird man annehmen dürfen, daß es zu einem katastrophartigen, plötzlichen Abbruch der guten Konjunktur nicht kommen wird.

Wahrscheinlich werden wir vielmehr allmählich in stillere Verhältnisse hineinkommen. Anscheinend befinden wir uns schon auf dem absteigenden Ast. Die Arbeitsintensität in der Eisenindustrie, die die Grundlage unserer gesamten industriellen Tätigkeit ist, hat schon merklich nachgelassen. Aber nicht nur bei uns. Auch an den internationalen Märkten macht sich die Abschwächung bemerkbar. Bei den innigen Beziehungen der verschiedenen Länder untereinander üben die Veränderungen in einem Lande auch eine entsprechende Wirkung auf die anderen aus; eine starke rückläufige Bewegung in Amerika z. B. bleibt nicht ohne Folgen für Deutschland und andere Staaten. Und je mehr es mit der Konjunktur auf dem Weltmarkt zurückgeht, desto schärfer werden sich für uns die unheilvollen Folgen der neuen Handelsverträge bemerkbar machen. Dazu tritt für die Arbeiterschaft noch ein anderes, die Lebenshaltung erschwerendes Moment: die schlechte Welternte! Neben anderen Lebensmitteln wird für die nächste Zeit auch das Brot teurer werden.

Zu der Aussicht einer Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse hat die Arbeiterschaft auch die der Verteuerung der Lebenshaltung. Das muß ins Auge gefaßt werden und der Arbeiter hat sich die Frage vorzulegen, wie er den doppelt dräuenden Gefahren am besten begegnen kann. Er muß rüsten, damit das Kapital ihn nicht allein für die kapitalistischen Sünden und für die weniger ertragreiche Ernte büßen lassen kann. Und dieses Rüsten besteht zunächst im Ausbau seiner Berufsorganisation. Für diese zu wirken, muß einem jeden denkenden Arbeiter die Selbsterhaltung zur gebietenden Pflicht machen.

Was die Zahlen reden!

Zur Frühjahr 1903 faßten die Dresdener organisierten Arbeiter den Entschluß, dem Beispiele Nürnbergers in der Aufstellung von Haushaltsrechnungen der Arbeiter zu folgen. Seit über 100 Arbeiter erklärten sich bereit, ein volles Jahr lang jeden Pfennig Einnahme und Ausgabe sorgfältig zu buchen, und das Statistische Amt der Stadt Dresden erbot sich, die Bearbeitung des Materials zu übernehmen.

Bei den Arbeitern ließ der Eifer bald nach; von Monat zu Monat wurde die Zahl der Teilnehmer geringer, und am Schlusse des Jahres waren es nur ca. 40, die ausgehüllt hatten. Noch gründlicher schien aber das Interesse für die Bearbeitung beim Statistischen Amt geschwunden zu sein. Im Herbst des Jahres 1903 fand noch eine sogenannte Inventaraufnahme statt, d. h. die Beteiligten erhielten einen umfangreichen Fragebogen, auf dem sämtliche Besitztümer verzeichnet werden sollten. Das Ergebnis dieser Aufnahme wurde noch vor Jahreschluß veröffentlicht und erregte den Unwillen diverser Profitschinder in und außerhalb Dresdens, weil es die Lage der Arbeiter als durchschnittlich recht ungünstig hinstellte. Ob die Aufnahme, die diese Veröffentlichung fand, dazu beigetragen hat, den Eifer des Statistischen Amtes zu mindern, oder ob der Wechsel in der Leitung des Amtes hieran die Schuld trägt, wollen wir hier nicht untersuchen. Tatsache ist aber, daß man volle drei Jahre nichts von der Statistik hörte. Erst jetzt finden wir, im 16. Heft der „Mitteilungen des Statistischen Amtes“, eine übrigens ganz ungenügende Würdigung des Ergebnisses jener Aufnahme.

Im ganzen standen dem Statistischen Amt 41 Budgets, die ein volles Jahr umfassen, zur Verfügung, verwendet sind aber nur 25. Nicht berücksichtigt wurden die Budgets von Familien mit weniger wie 2 und mehr wie 5 Kindern. Wir halten diese Nichtberücksichtigung der Ausgabenverzeichnisse für kleine und sehr große Familien für einen Fehler. Den Volkswirtschaftler muß es u. U. doch gerade interessieren, zu erfahren, wie sich mit der wachsenden Zahl der Familienglieder die Ausgaben verhalten, ob und inwieweit sich die pro Person aufgewendete Summe ändert, oder ob ein Mehrverbrauch an Surrogaten auf Kosten guter Nahrungsmittel stattfindet usw. Alle diese Feststellungen lassen sich aber am besten dann machen, wenn die Haushaltsrechnungen sich auf Familien von recht verschiedener Größe erstrecken. Insofern ist also die Maßnahme des Statistischen Amtes bedauerlich. Die einfache Tatsache, daß dieser wichtigen Aufnahme nur 8 Seiten der Broschüre gewidmet sind, läßt auch erkennen, daß von einem tieferen Eingehen auf die Sache keine Rede sein kann. Wenn die geringe Zahl der verfügbaren Haushaltsrechnungen als Grund hierfür angeführt wird, so ist das nur bedingt richtig. Jedenfalls hätte sich aus den 41 Verzeichnissen sehr viel mehr herausarbeiten lassen, als tatsächlich geschehen ist. Aber trotz dieser mangelhaften Bearbeitung bieten sie uns nach verschiedenen Richtungen hin wertvolles Material.

Das Statistische Amt stellt vor allem die Preisveränderung der wichtigsten Lebensmittel seit dem Jahre 1903 (dem Jahre, in dem die Statistik aufgenommen wurde) fest und berechnet an Hand der Haushaltsrechnungen, wie hoch der Mehraufwand im Jahre 1906 für eine Arbeiterfamilie gewesen ist.

Das Ergebnis zeigt, daß die Klagen der Arbeiter über Verteuerung der Lebensmittel durchaus berechtigt waren. Das Statistische Amt schreibt: „Die Uebersicht bestätigt, daß fast die sämtlichen wichtigeren Volksnahrungsmittel in den letzten Jahren erheblich im Preise gestiegen sind.“ Nachfolgende Tabelle zeigt diese Preissteigerung bei einigen der wichtigsten Nahrungsmittel für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

	Preis der Lebensmittel	
	1903	1906
	Mk.	Mk.
Fleisch, Wurst und Speck	226,05	256,72
Butter	153,07	159,56
Wehl	16,48	18,21
Brot	161,11	177,89
	556,71	612,38

Eine vierköpfige Familie mußte also im Jahre 1906 für diese Lebensmittel 55 Mk. 67 Pf. mehr bezahlen wie im Jahre 1903. Das ist eine Verteuerung um genau 10 Prozent. Daran mag man ersehen, welche Berechtigung die Unternehmer hatten, die lebhaften Kämpfe der Arbeiter in den Jahren 1905 und 1906 als frivol und grundlos hinzustellen.

Aber noch nach einer anderen Seite hin ist das Ergebnis beachtenswert. Eine der Broschüre angehängte Tabelle bezeichnet nämlich den Durchschnittspreis der wichtigsten Lebensmittel im Jahre 1903 und eine andere die Summen, die für diese Lebensmittel aufgewendet wurden. Durch Division erhält man dann annähernd genau das Quantum der verbrauchten Nahrungsmittel. Dadurch wird es möglich, zu berechnen, um wieviel ungefähr der Haushaltsetat durch die Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle, Verbrauchsabgaben usw. belastet wird. Untersuchen wir, daß die inländischen Lebensmittel um so viel verteuert werden, wie der Eingangszoll auf ausländische Lebensmittel derselben Art beträgt, — und diese Rechnung dürfte im wesentlichen stimmen — so erhalten wir folgendes Bild.

Eine vierköpfige Familie (Eltern und 2 Kinder unter 14 Jahre) verbraucht jährlich:

	Verbrauch pro Jahr	Belastung durch Zölle usw.	
		pro Kilo	insgesamt
Fleisch, Wurst und Speck	158	27	42
Butter	58	20	11
Mehl	45	7	3
Brot	671	6	40
Summa		97	67

Am 97 Mark und 67 Pfennige werden also der Familie diese vier wichtigsten Lebensmittel durch die glorreiche deutsche Zollpolitik verteuert. Da, wie wir oben gesehen, der Preis derselben 556 Mt. 71 Pfennige betrug, so beträgt die Verteuerung durch Zölle rund 20 Prozent des Wertes. Dazu kommen aber noch die in Dresden noch bestehenden kädtischen Eingangsabgaben auf Fleischwaren, Mehl und Brot, die ebenfalls im Preise der Lebensmittel mit bezahlt werden müssen. Und dann bilden die Kosten dieser vier Lebensmittelarten doch nur einen Bruchteil der gesamten Ausgaben. Hinzu kommen noch die Steuern auf Bier, Tabak, Kaffee, Zucker, Petroleum, Salz usw., die ebenfalls eine ganz erhebliche Summe ausmachen. Es zeigt sich also, daß die Erhöhung des Arbeiters durch die indirekten Steuern eine geradezu ungeheuerliche ist und es darf den christlichen Gewerkschaften nicht vergessen werden, daß sie die Parteien, die den Lebensmittelwucher im Reichstage beschlossen haben, unterstützen; rühmte sich doch erst kürzlich der Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, Wolf, daß sie den Landwirten das Zollgesetz mit errungen hätten.

Neuerlich interessant ist ein Vergleich der Ausgaben für Fleisch und Kartoffeln in den verschiedenen Familien. Fleisch ist ein zwar teures, aber auch kräftebildendes Nahrungsmittel, während Kartoffeln ein billiges, wenig nahrhaftes Surrogat darstellen, das in vielen Fällen mehr zur Stillung des Hungers, als zum Aufbau des Körpers gegessen wird. Sehen wir nun, in welchem Verhältnis diese beiden Nahrungsmittel in Familien von verschiedener Größe konsumiert werden. Wir haben 4 Größenklassen: 12 Familien zu 4, 6 zu 5, 3 zu 6 und 4 zu 7 Köpfen. Das Ergebnis ist folgendes:

	Durchschnittliche Jahresausgabe für Fleischwaren				Durchschnittliche Jahresausgabe für Kartoffeln			
	pro Familie	pro Kopf	pro Familie	pro Kopf				
Familie von 4 Köpfen	132	90	33	22				
„ „ 5 „	101	70	20	34				
„ „ 6 „	100	36	16	72				
„ „ 7 „	81	09	11	58				

Das Resultat frappiert! Würde die Ausgabe für Fleisch nur pro Kopf fallen, so wäre es eine ganz plausible Erklärung, zu sagen, daß auf die Kinder natürlich ein geringeres Quantum entfällt und somit ein Herabgehen der Durchschnittsausgabe selbstverständlich sei. So fällt aber auch der absolute Verbrauch, das heißt: die fünfköpfige Familie konsumiert weniger Fleisch wie die vierköpfige, und die siebenköpfige weniger wie die fünfköpfige Familie. Der Grund hierfür liegt aber nicht etwa in vegetarischen Neigungen, sondern in der einfachen Tatsache, daß mit der Familie nicht zugleich das Einkommen wächst. Je größer die Familie des Arbeiters, um so weniger ansteigt die Qualität bei der Auswahl der Nahrungsmittel. Viel und billig wird keine Lösung. Das beweist ja auch klar und deutlich der Verbrauch an Kartoffeln. Er ist bei der siebenköpfigen Familie um 50 Prozent höher wie bei der fünfköpfigen, und selbst auf die Zahl der Familienmitglieder verteilt, nur um ein geringes niedriger. Da nun aber bei den 5 Kindern pro Familie sich zweifellos eine ganze Anzahl befinden, die noch wenig oder gar keine Kartoffeln essen, so ist ohne weiteres klar, daß auch der Verbrauch pro Kopf geringer ist.

In diesen Worten ausgesprochen heißt das: Jedes Kind, das dem Arbeiter geboren wird, verhilft ihm keine Lebenshaltung, zwingt ihn, an Stelle kostbarer Nahrungsmittel zu billigen Surrogaten zu greifen. Man könnte einwenden, daß die Zahl von 25 Kindern zu gering sei, um so weitgehende Schlüssen daraus zu ziehen, aber die absolute Regelmäßigkeit der Ergebnisse, die doch kein Zufall sein kann, beweist die Richtigkeit dieser Einwände. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn ähnliche eingehendere Vergleiche mit verschiedenen anderen Familien, dann würde das Ergebnis unserer Zusammenstellung wahrscheinlich noch untrübe sein.

Man muß so reden die Zahlen eine deutliche Sprache! Sie zeigen uns die Demütigung der Lebenshaltung in den letzten Jahren. Die enorme Verteuerung der Arbeitergehälter durch indirekte Steuern und die Verteuerung der Lebensmittel bei wachsender Kinderzahl. Alles Hoffnungen, die uns entgegen, während des Kampfes aufzunehmen gegen jene Mächte, die den Staat als ein Mittel zur besseren Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter benutzen und oben drauf den empfindlichen Arbeiter die Kosten für die Erhaltung dieses Staatssystems aufbürden.

Die Lehren der neuen Explosionskatastrophe in Dömitz.

Die von der neuen Katastrophe in Dömitz her für die Arbeiter zu ziehenden Lehren sind von uns schon in der letzten Nummer dieser Zeitschrift veröffentlicht worden. Die Lehren sind im wesentlichen folgende: 1. Die Arbeiter müssen sich gegen die Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern und die Verteuerung der Lebensmittel bei wachsender Kinderzahl wehren. 2. Die Arbeiter müssen sich gegen die Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern und die Verteuerung der Lebensmittel bei wachsender Kinderzahl wehren. 3. Die Arbeiter müssen sich gegen die Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern und die Verteuerung der Lebensmittel bei wachsender Kinderzahl wehren.

Die riesigen Dividenden der Fabriken überlegen sich für die Sprengstoffarbeiter in mörderischer Katastrophe. Am 15. August, morgens kurz vor 7 Uhr, begann in Dömitz das neueste Trauerspiel. Das mecklenburgische Städtchen liegt am rechten Elbufer, an der Eisenbahnstrecke Berlin-Wittenberge-Hamburg, nahe der preussischen Grenze, und hat etwa 3000 Einwohner. Die Eisenbahn überquert dort den Strom auf mächtiger Brücke. Auf dem sogenannten Dynamitberg, wenige Kilometer von dem Städtchen entfernt und viel zu nahe, als daß bei Unglücksfällen nicht stets auch dieses in Mitleidenschaft gezogen würde, steht die Dynamitfabrik der schwedischen Aktiengesellschaft Dr. R. Nähnens u. Co., die 1905 mit 3 1/2 Millionen Mark Kapital an Stelle der früheren Firma trat. International ist das Kapital!

Im Jahre 1892 ist die Fabrik von den mecklenburgischen Behörden konfisziiert worden unter folgenden „Sicherheitsbedingungen“, welche damals der Fabrikinspektor nach einer eigenen Subdiarstellung sorgfältig ausgearbeitet hatte und in seinem Jahresbericht ausführlich mitteilte. In den gefährlichen Betriebsräumen sollten alle Ecken, deren Anbringung sich nicht vermeiden läßt, so weit irgend wie angänglich, mit Holz verkleidet oder mit Leinwand behautet werden. Die Fußböden waren nur „in der Regel“ von Holz jugendlich herzustellen. Beheizung und Beleuchtung sollte nur von außen her vorgenommen werden dürfen, in der Ritzierabteilung sollte nur bei Tageslicht gearbeitet werden. Gimer aus Metall-Glas- oder Gipsröhren dürften dort nicht verwendet werden, sondern nur solche aus Holz oder Guttapercha. Sprengöl sollte über Nacht nur in säurefreiem Zustande aufbewahrt werden dürfen. Arbeiter von unter 18 Jahren sollten nicht beschäftigt werden, und nie länger als zehn Stunden, auch nicht im Stücklohn, damit ein Ueberhasteten vermeiden werde. Tabak und Feuerzeug war verboten, das Kollobiumwolltrodenhaus durfte nur mit feilschönen Brettern werden. Der Magistrat in Dömitz (!) sollte Betriebsführer und Meister längstens binnen 3 Tagen nach ihrem Dienstantritt durch Handschlag und zu Protokoll an Eidesstatt auf die „getreuliche Erfüllung“ dieser Vorschriften verpflichtet und sich von der Sachverständigkeit der chemischen Betriebsleiter überzeugen. Es sollte ein Arbeiterjournal geführt werden, das dem genannten Magistrat wöchentlich vorzulegen sei und nach dessen Genehmigung der Magistrat die Entlassung unzuverlässiger Arbeiter fordern konnte. Es wäre außerordentlich wichtig, jetzt festzustellen, ob und wie diese Vorschriften heute noch von dem kleinen Magistrat in Dömitz der großmächtigen Fabrik gegenüber gehandhabt und ausgeführt werden. Schon 1896 erfuhr man nämlich aus dem Bericht der mecklenburgischen Gewerbeinspektion, daß die Kontrolle der Drispolizei, über die der Beamte in ganz Mecklenburg stark klagte, auch hier zum Teil versagte. Im Menghäuse, also an demjenigen Betriebsorte, an dem jetzt das Unglück begann, wie wir unten sehen werden, hatte sich doch ein „alter eiserner Leertopf“ befunden, dessen Ecken offen lagen. Ein Arbeiter hatte mit einem Kaputtmesser voll Sprengöl wahrscheinlich auf diesen gestoßen, um den Rest zu entleeren. Benutzt wurde damals an dieser Stelle eine Explosions-, vorher unverteilt, war gebrannt und die Leiche des Arbeiters lag in seiner Nähe. Auch 1899 wurde der Brunnen erst zugedeckt, als das Kind hineingefallen war. Im Kollobiumwolltrodenhaus der Fabrik kam nach dem Bericht des Gewerbeinspektors ein Arbeiter „vermuthlich“ dadurch ums Leben, daß er im Vorraum aus einer hölzernen Kiste den letzten Rest fertiger Schießwolle mit hölzerner Schaufel kratzte. Da hierbei die Reibung von Holz auf Holz zu große Wärme entwickelte, wurde die Kiste nachträglich mit einem weichen Stoff ausgefüllt. Hätten diese Dinge vorkommen können, wenn der Magistrat (!) in Dömitz die Sicherheitsvorschriften kontrollierte, wie es sein sollte? Gab man doch auch in anderer Beziehung dem Profitebedürfnis der Unternehmung nach. Unrichtig, nach der Konzeptionsurkunde, sollten auf dem Dömitzer Dynamitberg in jedem der drei Magazine „nur“ (!) bis zu 15000 Kilogramm Dynamit gelagert werden dürfen. Aber schon 1894 erreichte die Fabrik nach dem Jahresbericht des Gewerbeinspektors eine bedeutende Erhöhung der Mengen, die sie in einer Anzahl kleinerer Magazine lagern durfte. Ob wohl bei der jeweiligen Explosion nicht mehr, als diese Mengen, an den erlaubten oder anderen Stellen gelagert haben?

Außer den schon erwähnten Unglücksfällen von 1896 und 1899 ereigneten sich 1894 zwei Explosionen in der Fabrik ohne Arbeiteropfer. Ueber die letzte derselben berichtet der damalige Jahresbericht der sonst ganz verständigen mecklenburgischen Fabrikinspektion rosig-blaue Tränen. Aus welchem Grunde wohl? „Es war ein heftiger Schlag des Schicksal“, schreibt er, „daß der Unternehmer Dr. Nähnens selbst, wie stets im Betriebe, so auch bei diesem Brande mit hingebender Treue bemüht, durch ein stehendes Eitenstück zu Boden geworfen, eine leichte Verletzung am Knie davontrug, an der er durch hinzutretende Blutvergiftung starb. Drei Meister und 18 Arbeiter wurden wegen unerschöpflicher treuer Hülfsleistung bei dieser Explosion mit Prämien von je 10 bezw. 5 Mark belohnt und sage zehn und fünf Mark bedacht.“ Das neueste Unglück vom 15. August, morgens in das folgende wenige aber bisher dort vorgekommenen, zwölfs Arbeiter wurden getötet, 4 schwer und ca. 50 leicht verletzt. Drei der Getöteten und die Mehrzahl der Verletzten gehören unserem Verbande als Mitglieder an; unter den 1. der Verletzten befinden sich drei Mitglieder unserer Zahlstellenleitung.

Die Fabrik beschäftigt ca. 220 Arbeiter, davon ca. 60 in der sogenannten gefährlichen Abteilung. Hierzu gehören die Menghäuser, 50 Patronenhäuser, die Magazine usw. Die Menghäuser sind durch Holzstellungen, in denen das Sprengöl fortgeleitet wird, miteinander verbunden, jedes einzelne jedoch von einem hohen Erdwall rings umgeben. Auch die Patronenhäuser usw. sind durch Wälle von einander getrennt. In einem der Menghäuser ist nun die Explosion entstanden, da jedoch alle zurzeit darin beschäftigten Arbeiter wurden, wird sich wohl mit Bestimmtheit feststellen lassen, in welchem. Der gewaltige Luftdruck, der durch die Explosion entstand, zerrückte die gegenüberliegenden, nur durch zwei Erdwälle getrennten Patronenhäuser Nr. 21-27, begrub einen Teil der darin beschäftigten Arbeiter unter den Trümmern, überhäufte die fliehenden mit herabstürzenden Holz- und Metallstücken und vertrieb in den weiter entfernt liegenden Patronenhäusern die Arbeiter durch die dahinter angebrachten Treppentürme, die aus Fenster arbeitenden mit einem wahren Glasregen überschüttete. Der ersten Explosion folgten noch eine ganze Anzahl weiterer Patronenhäuser, Treppentürme, Nachschickanlagen usw. liegen in die Luft und hinteren Trümmer aller Art auf die nach der ersten Detonation entsetzt fliehenden Arbeiter. Die in den Wällen angebrachten Schußlöcher, in welche sich die Arbeiter bei drohender Gefahr flüchten sollten, hielten dem gewaltigen Luftdruck nicht stand, bei einigen lag auch die innere Holzverkleidung Feuer, so mußten die fliehenden, teils schwer verletzt, teils verletzte Kollegen mit sich fischend, um Teil des Weg über die Wälle nehmen, wobei sie den herabstürzenden Geschossen schuldig preisgegeben waren. Einzelne wurden nur durch ein Wunder gerettet. In einem Patronenhause führte der eine der darin beschäftigten Arbeiter bei der ersten Explosion ins Freie; er wurde von den herabstürzenden Trümmern erstickt; der andere blieb halbberaubt liegen und konnte sich nachher durch den Graben des völlig umgestürzten Gebäudes retten. Bemerkenswert ist der Heroinismus, mit dem einzelne nicht oder wenig verletzte Arbeiter ihre schwer verletzten Kollegen, trotz der fortwährenden Explosionen und herabstürzenden Trümmer forttrugen. Fast alle Schwerverletzten müssen zu erzählen von der Hölle, die ihnen von den Mitarbeitern unter eigener Lebensgefahr geleistet wurde. Das Verhalten dieser Arbeiter, die ihr eigenes Leben nichtschützend in die Schanze schlugen, um die verunletzten Kameraden zu retten, verdient unsere Bewunderung und nicht unangehen ab von jenen mühen Sparten die sich erzeigen, wenn die Besucher schiffenabler Theater durch einen Brand zerstört werden.

Die Verunletzten sagen zum Teil furchterlich aus. Der Regen von Metallstücken hat unschöne von Rippen, Schammen und Lenden zertrümmert, der ganze Körper geht aus, als ob er nach durch einen dicken Eisenstab gezogen wäre. Glücklicherweise sind die durch das Glas zertrümmerten Verletzungen, soweit sie nicht die Augen getroffen haben, meist leichter Natur. Schwerverletzte haben jene gelitten, die von den zusammenstürzenden Gebäuden oder den herabfallenden

Holz- und Metallstücken getroffen wurden. Doch besteht Hoffnung, sämtliche Verletzte am Leben zu erhalten.

Wie gewaltig die Erschütterung gewesen ist, beweist die Tatsache, daß in dem benachbarten Klein-Schmölen fast sämtliche Häuser teilweise abgedeckt und die Fenster zertrümmert wurden. Das ca. einen Kilometer entfernte Bahnhofgebäude hat kaum eine ganze Fenster-scheibe behalten und im doppelten so weit entfernten Stadteil wurden zahlreiche Fenster, darunter große Spiegelfenster, zerfallen. Selbst auf Entfernungen von 50 Kilometer wurde die Explosion noch gehört.

Der Betrieb wird voraussichtlich erst in einigen Monaten wieder aufgenommen werden, inzwischen werden die unbeschäftigten Arbeiter mit Auftragsarbeiten beschäftigt.

Die bürgerliche, auch die sogenannte unparteiische Presse, wird sich mit Registrierung des Unglücks unter möglichst sensationellem Aufpusch und einigen mehr oder weniger ethisch gemeinten Belehrungen des Bedauerns begnügen. Der Arbeiterpresse aber, und ganz besonders unserem Blatte, als Vertretung der betroffenen Arbeiter erwächst die Pflicht, nach den Ursachen des Unglücks zu suchen. Wir müssen die Frage aufwerfen: Ist alles getan worden, um derartige Vorkommnisse zu verhindern, und wir müssen diese Frage auf Grund gewissenhaft eingezogener Ermittlungen verneinen.

So sollte man für selbstverständlich halten, daß in einer derart gefährlichen Abteilung jeder Arbeiter sorgfältig und wiederholt über die Gefährlichkeit der verwendeten Materialien, die Umstände, unter denen eine Explosion eintritt, wie auch über das Verhalten bei einer solchen unterrichtet werden. Das ist jedoch nicht der Fall! Die Arbeiter werden einfach dorthin veretzt, und jede weitere Instruktion wird dem Mitarbeiter und den ausstehenden Vorschriften überlassen. Da in jedem dieser Gebäude nur 2-3 Arbeiter beschäftigt sind, kann der Neuling bei kurzer Abwesenheit seines Mitarbeiters unermessliches Leid anrichten.

Weiter mußte in derart gefährlichen Abteilungen jede, aber auch jede Antreiberei ängstlich vermieden und nur sorgfältiges und vorichtiges Arbeiten verlangt werden. Nun bestand aber in Betrieben sogenannter blinder Arbeit (Wirkliche Arbeit ist verboten.) Es war im voraus festgelegt, wieviel Patronen von jeder Sorte fertig gestellt werden könnten und es wurde streng darauf gesehen, daß das Penum geliefert wurde. Wer es nicht fertig brachte, erhielt nicht nur Tadel, er wurde auch mit Lohnabzug und Entlassung bedroht.

Als sicher sollte man ferner annehmen, daß Neulinge in der gefährlichen Abteilung zunächst als Helferarbeiter eingestellt werden und erst nachdem sie die Arbeit kennen, als Vollarbeiter zugelassen würden. Hier aber mußten die neu Eintretenden sofort volle Arbeit verrichten. In den Menghäusern, dem Ursprungsort der Explosion, waren am Tage vor dem Unglück zwei Arbeiter zum ersten Male tätig. Der eine jung und lebzig, der andere Vater von zehn Kindern, beide fanden den Tod.

Daß die Gefährlichkeit, die in der Einstellung ungeübter Arbeiter lag, den älteren Arbeitern bekannt war, beweist die Ausrufung eines derselben, der am Vorabend des Unglücks zu seiner Frau sagte: „Morgen habe ich einen neuen Mann und dazu die neue Mischung, da möchte man auch gleich sein Totenhemd anziehen.“

Aber auch die neue Mischung, die der Arbeiter ermüdet, bedarf dringender Aufmerksamkeit. Die Fabrik ruhte nämlich einige Monate vor dem Unglück teilweise, weil die Qualität der bisher gelieferten Sprengstoffe den Abnehmern nicht mehr genügte und die Betriebsleitung deshalb bemüht war, eine neue Zusammenstellung des Sprengstoffes zu finden. Einige Tage vor der Explosion hieß es plötzlich, es sei der Direktion gelungen, eine geeignete Zusammenstellung, die den Ansprüchen der Abnehmer genügt, herzustellen.

Der Betrieb wurde wieder aufgenommen, neue Arbeiter wurden eingestellt und — drei Tage später flog der Betrieb in die Luft. Da bedarf es dringend der Untersuchung, ob etwa durch diese neue Mischung das Unglück herbeigeführt wurde.

Die Arbeitszeit bedarf ebenfalls dringend der Verklärung. In einem Betriebe, der in jedem Augenblicke die peinlichste Aufmerksamkeit des Arbeiters erfordert, in dem jede Unachtsamkeit zu einer furchterlichen Katastrophe werden kann, ist eine täglich zehnstündige Arbeitszeit entsetzlich zu lang. Hieran ändert es auch nichts, daß die Explosion am Morgen passiert ist, denn der Arbeiter mit kurzer Arbeitszeit kommt auch morgens mit größerer geistiger Frische und Spannkraft zur Arbeit. Nicht zuletzt verdient aber die Entlohnung unsere Kritik. Die Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 3,25 Mark, der nach zwei Jahren auf 4 Mark und später auf 4,25 Mark steigt. Erst am Abend vor dem Unglück machte der Generaldirektor dem Arbeiterausschuß das Zugeständnis, daß der Lohn von 4 Mark schon nach 6 Monaten erreicht werden solle. Eine derartige Entlohnung ist für eine Arbeit, die mit äußerster Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden ist, einfach zu niedrig. Für solche Arbeiten muß in erster Linie durch ausreichende Bezahlung und kurze Arbeitszeit ein Arbeiterstand geschaffen werden, der, körperlich frisch und geistig regiam, die ihn umgebenden Gefahren abzuwehren und zu umgehen weiß. Nicht aber darf, wie das in vorjahre in diesem Betriebe geschehen ist, versucht werden, durch brutale Ausbeutung den Arbeitern das Recht gewerkschaftlicher Vereinigung zu verwehren. Denn die Betätigung im öffentlichen Leben, die Verbesserung des Wirtschaftslebens, erweitert den Gesichtskreis, hebt die geistige Spannkraft und schafft das Verantwortlichkeitsgefühl, anzerzieht also Eigenschaften, die der Arbeiter nötig hat, doppelt nötig aber auf so gefährlichem Posten. Hoffentlich wird das in Zukunft beachtet!

Griesheim, Annen, Schlebusch, Dömitz — lauter Stationen eines und derselben Leidensgeschicks des chemischen Proletariats und des Triumphzuges des internationalen Kapitals. Wird endlich Zusammenhalt und Widerstand gegen eine solche „Ordnung“ aus den Kreisen kommen, die allein befähigt sind, hier mit Donnerworten und ersten Taten Einhalt zu gebieten, weil sie nicht so zu verlieren haben, als ihre Ketten — aus den Kreisen der ausgebeuteten Arbeiterchaft der Sprengstoffindustrie?

Fortführung der sozialen Gesetzgebung.

Ein konservativer sächsischer Landtagsabgeordneter, der Justizrat Rechtsanwalt Dr. Spieß in Pirna, betätigte sich bei den letzten Kuria-Verhandlungen auf fleißig als Wahlredner und konnte nicht genug preisen das Wohlwollen, welches gerade seine Partei den Arbeitern entgegenbringt. Nicht weniger als 240 mal gebrauchte er z. B. in einem dreiviertelstündigen Referat die Phrase: Meine Herren und Meine Herren Arbeiter! Daß tatsächlich eine große Zahl sächsischer Arbeiter im Jahre 1907 auf solche Phrasen hineinfallen konnten, wird immer unerklärlich bleiben. Es zeigt dies aber, daß noch viel, sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden muß. Freilicherweise wollen uns hierbei konservative Blätter behilflich sein — allerdings wider besseres Wissen — aber wir nehmen diese Hilfe trotzdem dankend an.

Am 30. Juli leitartikelten die Konservativen, Dresdener Nachrichten in langen Ausführungen über die Fortführung der sozialen Gesetzgebung und der „Proletariat“ glaubt seinen Lesern die konservativen Reformpläne nicht vorenthalten zu sollen, damit die Arbeiter erfahren, was für Verheißungen und Verheißungen die vor der Wahl unermüdet titulierten „Herren Arbeiter“ sich bieten lassen sollen. Die Klassenklassen-Organisationen müssen kräftig herhalten. Hier ist — nach Ansicht der Konservativen — eine Reform dringend notwendig, damit die Drückstrahlen nicht mehr von der Sozialdemokratie für ihre staatsfeindlichen Zwecke benutzt werden können! Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen liegt den Herren schon lange schwer im Magen und sie versuchen immer und immer wieder, es der Arbeiterchaft zu nehmen. In Nr. 29 vom 20. Juli haben wir auf Grund der Inanspruchnahme der Arbeiter-Sekretariate nachgewiesen, daß gerade die jetzige Verwaltungspolizei eine gerechtere und humanere Handhabung des Krankenversicherungsgesetzes gewährleisten. Und diese erwünschten Vorteile will man den Arbeitern nehmen! Ja, freilich, die Herren Konservativen müssen bemüht bleiben, vielleicht infolge mühsamer Lebensmühsal vorzeitig dienunfähigen oder wegen geistiger Minderwertigkeit unbrauchbaren Offizieren Zivilstellen zu

berstehen. Und bei den Frankentlassen könnte man eine große Anzahl solcher Elemente bequem unterbringen! Die glückliche Vaterlandsliebe, die bei diesen Herzen selbstverständlich, würde schon die mangelnden Kenntnisse der sozialen Gesetzgebung ersetzen. Sohe, zum standesgemäßen Auftreten ausreichende Gehälter würden durch Sparfameit bei Ausgaben von Unterhaltungen und anderen Kasseeleistungen sowie Erhöhung der Arbeiterbeiträge aufzubringen sein.

Wie die Unfallversicherungsgeetze von den Berufsvereinigungen zumungunsten der verletzten Arbeiter gehandhabt werden, davon zeugt täglich die Praxis. Wie zeichnend in Nr. 23 die Unvorsorenlität des Aufstiegsbeamten der sächsischen Sektion der Papiermacher-Berufsvereinigungen. Und dieser „edle Menschenfreund“ steht mit seinen unerschämten Verleumdungen nicht allein. So hat auch ein bayerischer Arzt, Dr. Müller-Kirchheim in der Korrespondenz des Reichstagenverbandes vom Veder gezogen. Was sich dieser Herr Doktor in der Beschimpfung der gesamten deutschen Arbeitererschaft leistet, ist wirklich empfindende Gemeinheit. Und diese unerschämten Beschimpfungen treffen die Kernmänner der Armeen, welche ihrer Glieder im Frontdienst des Kapitals verlustig gingen! Nur ein paar Proben:

„Die modernen Arbeiterversicherungsgeetze züchten die Sorge um das liebe „Ich“ und schwächen Willensstärke und Pflichtbewußtheit. In dem sie zu Simulation und Liebertragung verleiten, verweisen sie in den Massen die Bewertung des ehelichen Manneswortes und untergraben die öffentliche Moral.“

Weiter schreibt der Herr Doktor von entwerfender und entstiftender Renten sucht, welche der allgemeinen Wehrpflicht entgegenarbeiten. Ferner werden Volksbureau und Arbeiterkategorie verächtigt, weil diese dem „bestgemeinten Appell“ off erfolgreich entgegengetreten. Natürlich bekommt in diesem Schmäharartikel auch die sozialdemokratische Presse ihr gutes Teil ab.

Man hat sich nun zu fragen, welchen Zweck verfolgen denn solche von Beschimpfungen und Verleumdungen strotzende Zeitungs-Artikel? Die Antwort ist nicht schwer. Die ganze bisherige soziale Gesetzgebung, so blutwenig sie den Arbeitern tatsächlich auch bietet, ist dem Unternehmertum längst ein Dorn im Auge. Die weitere Entwicklung muß mit allen Mitteln verhindert werden! Die Arbeiter können sonst zu unabhängig von den Unternehmern werden. Sie dürfen kein Recht auf irgend welche Forderungen haben. Was bisher gesehen, ist nach des Unternehmers Ansicht schon viel zu viel. Möchten auch die beteiligten Arbeiter die Konsequenzen daraus ziehen und beiseite durch Eintritt in die Organisation dafür sorgen, daß die Unternehmer-Geschleier und Verleumdung an geschlossener Macht festen Widerstand findet.

Eine treffende Antwort.

Im Herbst des Vorjahres sahen sich unsere Meißener Kollegen genötigt, über geeignete Schritte zu beraten, um dem Ueberhandnehmen der Bleibergriftungen in den Defensfabriken entgegenzuwirken. Da sie der sehr richtigen Ansicht waren, daß vor allen Dingen Aufklärung über die Gefährlichkeit des in den Glasuren verwandten Bleies notwendig sei, suchten sie einen Arzt zu einem Vortrage hierüber zu gewinnen. Erstlich wurde Herr Dr. Pfeiffer, hierzu bereit. Da die Aufklärung auch den Unternehmern nur tat, um sie zur Schaffung geeigneter Schutzvorrichtungen zu veranlassen, so wurden dieselben zu dieser Versammlung eingeladen. Zwei der Herren erschienen, äußerten sich jedoch in der Versammlung nicht. Wenige Tage später aber erhoben die Vertreter der vier größten Betriebe Beschwerde über Herrn Dr. Pfeiffer beim ärztlichen Ehrenrat.

Diese merkwürdige Beschwerdebefrist, die einen Teil der Ausführungen des Referenten verdrängt, den anderen Teil als übertrieben oder unrichtig hinstellt, schließt mit folgendem Appell an die Unternehmernfreundlichkeit des Ehrenrats:

„Da uns derartige Auslassungen von Seiten eines gebildeten Arztes in unserer ohnehin an Arbeiterbewegungen, so reichen Zeit außerordentlich zu schädigen imstande sind und die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer schwieriger gestalten, da es andererseits im Interesse unserer ganzen Industrie, sowie des städtischen Gemeinwohles liegt, ein einigermaßen gedeihliches gewerkschaftliches Leben zu erhalten, so bitten wir darum, soweit es in Ihrer Macht liegt, so solchen Auslassungen seitens eines Ihrer Herren Kollegen Stellung zu nehmen.“

Der Ehrenrat wußte die Rede der Herren zu würdigen und eröffnete ein Untersuchungsverfahren gegen den Arzt, der es gewagt hatte, den Unternehmerinteressen zuwider zu handeln, indem er den Schutz der Arbeiter als ungenügend bezeichnete. Der beschuldigte Arzt war aber in der Lage, seine Auslassungen mit so wichtigen Beweismaterial zu belegen, daß der ärztliche Ehrenrat seinen Feldzug schließlich einstellte. Die beschwerdebefristigen Unternehmer hatten also das genaue Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten.

Unsere Kollegen am Orte lateten aber noch ein Uebriges. Sie haben nämlich, als Antwort auf das Vorgehen der Unternehmer, den Vortrag des Herrn Dr. Pfeiffer drucken lassen und denselben, unter gleichzeitiger Anfügung der Beschwerdebefrist der Unternehmer, sowie einer Zusammenstellung derjenigen Mißstände, die nach Ansicht der Arbeiter die Verbreitung der Bleibergriftung fördern, als Broschüre verbreitet. Diese treffende Antwort dürfte den Unternehmern sicherlich nicht gefallen, ist aber durchaus am Plage.

Mit jenem Freimut wird von Herrn Dr. Pfeiffer das Arbeitsverhältnis geschildert und seine Kritik macht nicht, wie das leider so oft geschieht, Halt vor den Pflichten des Unternehmers. Rücksichtslos nennt er die Dinge beim Namen und er kennt nicht die eiertanzartige Wenn- und Aberlogik so vieler bürgerlicher Sozialpolitiker, die die Miere des Arbeiters anerkennen, aber die Ursachen derselben totschweigen oder umdeuteln möchten.

Ueber die Mordarbeit urteilt Dr. Pfeiffer wie folgt:

„Die Mordarbeit ist zweifellos eine andere Ursache der seelischen Zerrüttung und vor allem auch zunächst desjenigen nervenzufördernden Zustandes, den man meistens als „Spannung“ bezeichnet. Wie der Hungerlohn die Arbeitskraft lähmt und seelische Verstimmung erzeugt, so ist die Mordarbeit die Ursache der Spannung, das ist der seelischen Erregung. Der Kampf um das Dasein wird hier am aufreibendsten geführt: Die Sorge, wenigstens der Familie eine einigermaßen erträgliche Existenz zu schaffen, zwingt den Mordarbeiter zur äußersten Anspannung seiner Kräfte.“

Rücksichtslos werden durch die Mordarbeit alle hygienischen Regeln mit Füßen getreten. Nervöse Haft und Unruhe erfaßt den Mann. Die unbedeutendsten Mühen geraten in unzumutbarem Kampfhafte Mitbewegung, später tritt Nerven und Herzschmerzen auf; ein andauerndes Schauerngefühl durchzieht den Rücken; statt wohlthuerender Ruhe wird die schlaflöse Nacht zur endlosen Qual.

Von der seelischen Verstimmung und Erregung ist nur ein kurzer Schritt zur schweren Nervenerkrankung, der sogenannten Neurasthenie, die man als eine weitere Geißel der arbeitenden Bevölkerung bezeichnen kann und die mehr und mehr um sich greift.

Aber auch unsere so viel gepriesenen Arbeiterchutzgesetze, wie auch die beliebte Medaillen-Sozialpolitik wird richtig gekennzeichnet. Es heißt da nach einer Schilderung der Gefahren des Staubes und der Möglichkeit seiner Vermeidung:

„Der ganze Mangel unseres ungenügenden Arbeiterchutzgesetzes kommt hier wiederum deutlich zutage. Damit einige Wenige hohe und höchste Dividenden einheimen, mögen zahllose andere der Schwindsucht verfallen und Hunderte von Millionen verloren gehen. Im Vergleich zu den vorgebrachten Zahlen erscheinen die Anschaffungs- und Betriebskosten, zweckdienlicher Ventilatoren usw. lächerlich gering. Doch wie wenige Industrielle werden sich dieser Tatsache bewusst. Man will den Arbeiter mit Medaillen und dergleichen beglücken, aber für hygienische Einrichtungen hat man kein Verständnis. Wann endlich wird man einsehen, daß auch dem Arbeiter die Gesundheit als höchstes Gut gilt, wertvoller als Medaillen, deren Erlangung für den Arbeiter jowohl sehr fraglich erscheinen muß, weil er vor der Zeit ein Opfer der Lungenschwindsucht wird?“

Der Vortrag klingt aus in der Hoffnung, daß es recht bald gelingen möge, für die Arbeiter anständige Löhne und genügend freie

Zeit zu erringen. Aber weder in die soziale Einsicht der Unternehmer noch in die Gesehgebung setzte er sein Vertrauen, die Arbeiter selber sind es, von denen er die Lösung dieser Aufgabe erwartet. Mahnend ruft er ihnen zu:

„Der mehr und mehr erschlaffende Zusammenhang der Arbeiter läßt Hoffnung auf Erreichung des Zieles, das allerdings noch in weiter Ferne liegt, aufkommen. Seligstes, die auf eigenen Bahnen abseits wandelnden trägen Geister aufzurütteln und dem Ganzen anzugliedern, so wird der schon vorerwähnte Aufgabe, Volkswohlfaht zu fördern, großer Voranschub geleistet.“

Die Lösung ist keine leichte, aber des vollen Einsatzes jeglicher Kraft wert.“

Ganz unsere Meinung! Hoffentlich beherzigen unsere Meißener Kollegen und Kolleginnen diese Mahnung und legen wie bisher ihren Ehrgeiz daran, an erster Stelle in der Arbeiterbewegung zu marschieren.

Dem Nächsten möchten wir weiteste Verbreitung wünschen. Namentlich von die Kollegen bei ihrer Arbeit viel mit Staub oder Blei in Berührung kommen, ist das Studium des Vortrages zu empfehlen. Es ist für den billigen Preis von 10 Pf. zu beziehen von R. Schmidt, Meißner, Poststraße.

Spigbubentaktik.

Der natur- und vernunftwidrige Paarungstrieb, der sich vor den Hottentottmännchen bei den bürgerlichen Parteien bemerkbar machte, scheint auch die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ angefaßt zu haben. Obwohl das Ergebnis jener Paarungslust, die konservativ-liberale Mißgehe mit ihrem fortwährenden Streit um Hausrecht und den beiderseitigen Drohungen mit Gehfähigkeit oder gar böswilligen Verlassen, sich nachgerade zum Gipfelpunkt aller empfindlichen Gemächtheit hat, will sich die „Arbeiterzeitung“ bei der Knüpfung eines ähnlich widersinnigen Ehebandes einen Kuppelpelz verdienen.

Die kapitalistischen Drahtzieher befürchten nämlich, daß die Gründung und Unterstüzung der sogenannten „gelben“ Gewerkschaften den Christlichen den Star streichen und sie sehend machen könnte für die Widerständigkeit der Zersplitterung der Kräfte im wirtschaftlichen Kampfe. Sie befürchten dann weiter, daß diese Erkenntnis die Christlichen zum mehr oder weniger engen Anschluß an die modernen Gewerkschaften treiben wird, zumal ja die Unternehmer durch die rückhaltlose Unterstüzung der Gelben, die ja doch ein Bollwerk gegen alle anderen Organisationen bilden sollen, bewiesen haben, daß sie ihre Organisationsfeindschaft auch auf die Christlichen ausdehnen.

Die Furcht der Unternehmer ist nicht ganz unbegründet. Ohne den Kampfesmut der christlichen Gewerkschaften übersehen zu wollen, ist doch nicht zu verkennen, daß ihr ehemaliger Charakter als Schutztruppe des Unternehmertums mehr und mehr verschwindet und einem oppositionellen Grundzug Platz macht. Dieser Frontwechsel ist zugleich Ursache und Produkt des Fortschritts der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die, wenn auch nicht sonderlich einschiedene, Kampfstellung gegenüber den Unternehmern war für sie das beste Agitationsmittel, und der damit erreichte Zuwachs verstärkte wieder die oppositionelle Strömung. Im Gegensatz zu den Christlichen haben die Hirsch-Dunderschen an ihrer Harmoniebespielung festgehalten und sind damit denn auch glücklich in der Entwicklung steden geblieben. Daraus ergibt sich, daß die Christlichen gar nicht zu den Fleischtöpfen der Unternehmernfreundschaft zurückkehren können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben, d. h. wenn sie nicht auf jede Fortentwicklung verzichteten wollen. Der Laifachen ehernes Muß zwingt sie zum Kampfe, und das Faktieren mit den freien Gewerkschaften wird für sie mehr und mehr zur Notwendigkeit.

Diese Entwicklung der Dinge möchten die Unternehmer aufhalten. Die Gelben sind als Schutztruppe zu bedeutungslos, und darum möchten sie die Christlichen mit ihnen kopulieren und so nicht zwei, sondern drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Mit der Geschicklichkeit eines Nilpferdes leitet die „Arbeiterzeitung“ diese neue Taktik ein. Sie schreibt (28. 7. 1907):

„Zweifellos richtig ist es, daß das Gebaren der christlich organisierten Arbeitererschaft bisher dem der sozialdemokratischen Organisationen ähnelte. Man verfuhrte die geforderten Arbeitsbedingungen mit Hilfe von rücksichtslos geführten Arbeitskämpfen durchzudrücken, man ipertie, boykottierte und machte sich gewissenhaft auch die sämtlichen anderen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgegangenen Kräfte zu eigen, die zur Verlegung der widerpenstigen Arbeitgeber zu führen versprochen. Es besteht somit zweifellos ein gewisser Widerspruch zwischen dem Gebaren dieser Arbeiterkorporationen und ihrer Bezeichnung als „christliche“ Verbände, insofern die auf solche Weise bewirkte Ermäßigung wirtschaftlicher Vorteile an und für sich mit dem christlichen Gebanten wohl nicht das mindeste zu tun haben dürfte. Immerhin aber ist es notwendig, Begriff und Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung näher zu unterziehen, ehe man zu ihrer völligen Beurteilung gelangt. Als Arbeitgeber werden wir erklärlicher Weise von vornherein der Koalition der Arbeiter zum Zweck unaufhörlicher Hinausführung der Arbeitsbedingungen mit Hilfe gewerkschaftlich betriebener Arbeitsniederlegung usw. grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen müssen. Wenn es uns somit auch an und für sich ziemlich gleich sein kann, von welcher Seite die gegen uns gerichteten Angriffe dabei ausgehen, so sind wir demnach aus rein praktischen Rücksichten genötigt, den einmal obwaltenden und von uns nicht mehr zu fortgerierenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt in vernünftiger Weise Rechnung zu tragen, indem wir uns unsere Gegner genauer daraufhin ansehen, welche Motive für ihr Verhalten denn eigentlich maßgebend sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften dienen den Drahtziehern der Umsturzbewegung als die eigentliche Schlagtruppe im Kampf um die Befestigung der geltenden Staats- und Wirtschaftsverordnung. Der überwogenen Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mag dieser Umstand gar nicht zum Bewußtsein gelangen; sie bilden sich vielmehr ein, daß es sich lediglich darum handelt, eine dauernd steigende Fehlung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Das hindert indessen nicht im geringsten, daß sie sich trotzdem als höchst brauchbare Werkzeuge in der Hand der Führer erweisen und so die sozialdemokratische Bewegung in wirksamster Weise fördern. Ein gleiches nun von den christlich organisierten Arbeitern behaupten zu wollen, würde eine vollkommene Verneinung der Sachlage bedeuten. Wegen deren Führer sich noch so exaltiert gebärden, was deren Kritieren noch so sehr über das Ziel hinausschießen und deshalb auch häufig genug zu wesentlicher Gefährdung der Interessen der Arbeiter selbst führen, insofern das von ihnen beliebte Ueberbieten des Bogens diesen zu brechen droht, so hat man dennoch keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß in solchem Beginnen unmitelbarer Tendenzen zum Ausbruch gelangen. Es steht vielmehr zu erwarten, daß im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der „Christlichen“ für die von den Arbeitgebern zur Verteidigung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr und mehr zunehmen wird, und daß sie sich des weiteren auch schon darum zu größerer Mäßigung bequemen werden, weil sie andererseits Gefahr laufen, die Aktion derer zu unterstützen, gegen die ihre Verbandsbetätigung sich doch in erster Linie richten soll, nämlich der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dergleichen dürfte es vollkommen klar sein, daß das Unternehmertum selbst die Position seiner Gegner stärken und die eigenen schwächen wird, falls es den gekennzeichneten Unterchied nicht beachtet und dadurch, daß es die sozialdemokratischen und nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften in einer Topi wirft, eine Blockbildung auf der andern Seite vor sich zu leisten. Ueberall sind jetzt Bestrebungen im Gange, nicht sozialdemokratische Arbeitervereinigungen ins Leben zu rufen und mit deren Hilfe die Wucht des Angriffes der sozialdemokratischen Gewerkschaften abzumildern. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Plan durchaus lebensfähig ist: die Zahl der „Gelben“ wächst von Tag zu Tag. Der Zugang zu den solcherart geschaffenen Organisationen stammt aber keineswegs nur aus dem Lager der bisher überhaupt nicht organisierten, sondern zum guten Teil aus dem der sozialdemokratischen und der christlichen Gewerkschaften. Das

unter diesen Umständen die „Gelben“ von den christlichen Gewerkschaften bisher ebenso angegriffen wurden, wie von den „Roten“, ist ganz erklärlich. Es wäre aber unklug, diesen Gegensatz noch zu verschärfen. Denn zum letzten Ende muß dem Unternehmertum doch viel mehr daran gelegen sein, die Zahl seiner Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht erfindlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie vollauf geeinten „gelben“ und „christlichen“ Gewerkschaften sich zum Gaudium der Sozialdemokratie gegenfeitig das Leben schwer machen sollten, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen, indem man sie mit anderem Maß mißt als die sozialdemokratischen. Jedenfalls ist es schon aus taktischen Gründen nicht richtig, in der gegenwärtigen Periode beginnender gewerkschaftlicher Neubildungen vom Schlage der gelben Organisationen die Pflicht zu sorglicher Berücksichtigung der, in der Arbeiterbewegung obwaltenden Unterschiede außer acht zu lassen.“

Die Kritiken der „Arbeiterzeitung“ besitzen eine erstaunliche Virtuosität darin, heute anzubeten, was sie gestern verbrannt haben, und umgekehrt. Es ist noch nicht lange her, da waren die Roten das „kleinere Uebel“, heute aber sollen die Christlichen in den besseren Topf geworfen werden. Tragisch nehmen wir diese kapitalistische Spigbubentaktik nicht, zumal wir wissen, daß das erwachende Klassenbewußtsein auch die in christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf den richtigen Weg treiben wird.

Rabbi und König.

Mit schmerzhaftem Behagen hat die Presse der christlichen Gewerkschaften den unerquidlichen Streit zwischen Transportarbeiterverband ausgebeutet. Jetzt ist nun ein ähnlicher Streit im christlichen Lager ausgebrochen: der Metallarbeiter- und Transportarbeiterverband streiten sich um die Hüllsarbeiter in den Betrieben der Metallindustrie. Dabei wird der „Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, dem ebenfalls christlichen Transportarbeiterverband folgende Liebenswürdigkeiten an den Kopf:

„Ein Verband wie der Hülls- und Transportarbeiterverband, der fortwährend verlagert und dann die ganze Welt zusammenorganisieren will (natürlich nur so lange, als es nichts kostet), in die Domänen anderer Verbände einbricht, sogar unter Hinweis der niedrigen Beiträge, muß es sich eben gefallen lassen, wenn ihn andere als nicht leistungsfähig hinstellen, um so wenigstens die Arbeiter nicht irre zu führen. Wenn das unsere Kollegen in Hannover, Frankfurt a. M. usw. getan haben, so war das ihr gutes Recht und wird in der Zukunft noch mehr geschehen, weil gerade jene Bezirke stark unter der Schmutzkonkurrenz des Transport- und Hüllsarbeiterverbandes zu leiden haben.“

Es bleibt aber nicht bei dieser allgemeinen Beschuldigung, sondern der „Deutsche Metallarbeiter“ fährt eine ganze Anzahl Orte auf, in denen die christlichen Transportarbeiter ihre Mitglieder im Stich gelassen haben. Wir erfahren dabei recht erbauliche Sachen, die zu der Großmäuligkeit, deren sich die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des Transportarbeiterverbandes, immer befleißigt, schlecht stimmen. Es ist jedenfalls ein recht eigenartiges Vorgehen, wenn der christliche Transportarbeiterverband seine streifenden Mitglieder in Dünze dem Gewerbeverein der Bergarbeiter überweist und diesem damit auch die Streikkosten in Höhe von 60 000 Mk. aufhauft.

Die „Gewerkschaftsstimme“ ist natürlich nicht weniger über den christlichen Bruder, der ihr so unchristlich die Wahrheit zeigt, und bemüht sich, den Eindruck, den die rücksichtslose Offenheit des Metallarbeiterorgans hervorgerufen hat, durch einen Wust von Worten zu verwischen. Folgendes „schöne“ Verschen hat sie ihrem Abwehrartikel als Motto vorgelegt:

Es fallen die Rücken und Läden,
Es fällt sich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen Westalmäden.

Voll kommt der christliche „Sauerdenton“ aber erst zum Ausdruck in nachstehendem düstigen Satze, der den Metallarbeitern ins Stammbuch geschrieben wird: „Schrecklich ist der Kampf mit Ungeziefen, dem Gestank als Waffe dient.“ Nebenbei erfahren wir dann noch, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieder, in einer offenen Postkarte die Aufnahme eines Artikels über die Mißstände in einem Betriebe ablehnte und diese Karte an den Betrieb adressierte, in dem die Eingliederung arbeiteten. Der Erfolg dieses bewußten oder unbewußten Verrats der Arbeiter war die Vernichtung der Zahlstelle des Verbandes.

Man sieht also, daß die Brüder in Christo recht viel Dreck am Stecken haben, und es sieht ihnen schlecht an, neunzehntel ihres „Geistes“, ihrer Tinte und ihres Papiers zu verwenden, um den freien Gewerkschaften Splitter aus den Augen zu ziehen. Wir haben natürlich nicht Lust, all der Schmutz, mit dem die beiden christlichen Kämpfer sich gegenseitig bewerfen, hier aufzuführen, nur an einigen Proben wollen wir zeigen, wie zutreffend hier das Urteil in Heines „Disputation“ ist:

Es will mich schier bedünken,
Als ob der Rabbi und der König
Als ob sie beide stünken.“

Nur die Lumpen sind bescheiden!

Wie heherisch, aufrührerisch und unchristlich, kurz, wie „sozialdemokratisch“ das Klingt! Nur gut, daß das Wort von einem Dichter stammt und zwar von einem großen, den selbst der Weise reizende Reizwörter der „Arbeiterzeitung“ nicht als bösen Unsinnler zu denunzieren wagte. Und noch besser ist, daß selbst die bescheidenen, geborenen, ausermählten und ausgebildeten Verächter der Bescheidenheit uns diesmal nicht in die Parade fahren können. Denn um der demütigen, oder genauer gesagt, der hannoverschen Pastoren ureigene Bescheidenheit, oder besser Unbescheidenheit, handelt es sich heute. Waren es im Vorjahre die sächsischen Pastoren, die mit anerkannter Würde die ihnen vorgesezten Behörden begründet machten, daß man sehr wohl Demut und Zufriedenheit predigen kann, ohne auch nur eine dieser Eigenschaften besitzten zu müssen, so sind es heuer die hannoverschen Diener der Kirche, die von der Herren des kapitalistischen Staates einen Vorstoß auf die Seligkeit in Form einer reichlichen Lohnerhöhung verlangen.

Auf der Hauptversammlung des hannoverschen Pfarrvereins sprach Pastor Gieseler über die Neuordnung der Besoldungs- und Ruhegehaltsverhältnisse der hannoverschen Geistlichen. Er schlug vor, nicht der im preussischen Abgeordnetenhaus vertretenen geistlichen Votanten (700 Mk. Mindest- und 6000 Mk. Höchstgehalt) zu über- nehmen, sondern etwas „bescheidener“ zu sein. Er forderte als Mindestgehalt 2400 Mk. und begründete seine Bescheidenheit damit, daß 1. zur Not einige wenige Jahre mit 2400 Mk. gerächt werden können, 2. weil es so für uns sicher und für die übrigen Landes- kirchen hoffentlich auch möglich sein wird, außerhalb des Rahmens des allgemeinen Besoldungsgegesetzes die festenden 300 Mk. in den ersten Jahren anderweit zu beschaffen, 3. weil die Zahl 2400 Mk. in den Rahmen des Besoldungsgegesetzes besser paßt.

Mit dieser „lumpigen Bescheidenheit“ ist aber die „Deutsche Volkszeitung“, das weltliche Pastoren-Organ, durchaus nicht zufrieden, wie aus folgendem Bericht hervorgeht: „Mit Recht wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die Geistlichen mit den Oberlehrern und Richtern gleichgestellt werden müßten, daß 2400 Mk. Anfangsgehalt entschieden zu gering sei und daß die 600 Mk. Zuschuß zu leicht den Versuch eines Guadenereizes annähmen. Man kann sich darüber nur freuen und den Diskussionenrednern wohl zustimmen, die schließlich auf das Goethe'sche Wort hinwiesen: „Nur die Lumpen sind bescheiden.“ Wenn im Abgeordnetenhaus selbst das Mindestgehalt mit 2700 Mk. hingestellt ist, dann sollten die Pastoren wirklich im Bewußtsein ihres Wertes sagen: „Das ist das Rechte“ und nicht in falscher Bescheidenheit sich begnügen: „Wir konnten zwar dazu

Aus der chemischen Industrie.

Die Arbeitszeit in der chemischen Industrie Oesterreichs.

Nicht im gesegneten Reich deutsch-höhenzollerischer Sozialreform, sondern im „verlötterten“ Oesterreich ist soeben eine wertvolle sozialstatistische Regierungsveröffentlichung über die Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben (dargestellt vom k. k. arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium, Wien 1907. Verlag von Alfred Hölder) erschienen. Oesterreich hat bekanntlich seit 22 Jahren den gesetzlichen Erntestundentag auch für Männer, den wir in Deutschland seit 15 Jahren erst für Frauen haben. Und jetzt forscht man danach, ob nicht darüber hinaus Fortschritte gesetzlich festzulegen seien. Die Erhebung wurde im März 1906 mit Hilfe der Gewerbeinspektoren vorgenommen, und jetzt liegt in dem oben zitierten dicken Band der Rechenschaftsbericht mit allen Teilergebnissen vor. Unsere Kollegen wissen, wie enge Beziehungen die deutsche chemische Industrie zur österreichischen hat. Teilweise sind deutsche und österreichische chemische Fabriken eng faktelliert (z. B. in der Leimbranche, in der Firma Schimmelpfeng u. a.). Auch im besonderen Brancheninteresse liegt es also, sich die österreichischen Verhältnisse genau anzusehen.

An chemischen Fabrikbetrieben überhaupt wurden 785 mit 42 578 Arbeitern festgesetzt. Im einzelnen wird nachgewiesen, daß ungefähr die kleine Hälfte der 42 578 Arbeiter in Betrieben mit unter 101 Arbeitern schafften, nämlich:

4 294 Arbeiter in 355 Betrieben mit 1—20 Arbeitern
6 885 „ „ 210 „ „ 21—50 „
8 626 „ „ 118 „ „ 51—100 „

Die absolut größte Zahl aller Arbeiter war beschäftigt in der nächsten Größenklasse, nämlich:

13 382 Arbeiter in 82 Betrieben mit 101—300 Arbeitern, sodann
7 331 „ „ 17 „ „ 301—1000 „ „ und endlich
2 057 „ „ 2 „ „ über 1000 „ „

Oesterreich hat also zwei chemische Riesenbetriebe à la Höchst und Ludwigshafen, wenn auch noch nicht von ganz gleicher Ausdehnung, sowie 17 Großfabriken. Die jugendliche Arbeit ist, ähnlich wie in der deutschen chemischen Industrie, nicht übermäßig entwickelt. Von der Gesamtarbeiterzahl sind nur 940 = 2,2 Prozent unter 16 Jahren. Dagegen sind ein volles Viertel der Beschäftigten weiblich, nämlich 10 470 = 24,6 Prozent. Das scheint schlimmer zu sein als in Deutschland. Die große Mehrzahl dieser Frauen und Mädchen ist von den größeren Betrieben herangezogen, die über 100 Arbeiter haben, nämlich 6 398, und zwar zeigt einmal die mittlere Größenklasse der chemischen Betriebe, diejenige von Fabriken mit 100—300 Arbeitern, die absolut stärkste weibliche Besetzung. Dort stehen 7 312 männlichen nicht weniger als 3 339 weibliche Arbeiter gegenüber, sodaß die Frauen ein volles Drittel der Arbeiterschaft bilden. Sodann überwiegt in der allergrößten Betriebsklasse mit über 1000 Arbeitern sogar die Frauenarbeit die Männerarbeit. Es kamen auf nur 679 Männer 1 378 Frauen. Doch bezieht sich dies auf die nicht mit Tag- und Nachtschicht arbeitenden Fabriken. Diejenigen mit Tag- und Nachtschicht haben ganz geringe Frauenarbeit.

Ueberhaupt ist die Mehrzahl der österreichischen chemischen Fabriken nicht kontinuierlich, d. h. ohne regelmäßigen Tag- und Nachtbetrieb. Denn es wurden gezählt:

A. Nicht kontinuierliche Betriebe bezw. Betriebsabteilungen im ganzen 731 mit 23 725 männlichen, 10 414 weiblichen davon			
mit 1—20 Arbeitern	316	2 880	706
„ 21—50 „	201	4 094	1 511
„ 51—100 „	115	5 073	1 799
„ 101—300 „	80	7 312	3 339
„ 301—1000 „	17	3 687	1 681
„ über 1000 „	2	679	1 378

B. Kontinuierliche Betriebe bezw. Betriebsabteilungen im ganzen 306 mit 3 883 männlichen, 56 weiblichen davon			
mit 1—20 Arbeitern	111	705	3
„ 21—50 „	74	1 279	1
„ 51—100 „	57	1 702	52
„ 101—300 „	53	2 731	—
„ 301—1000 „	11	1 966	—
„ über 1000 „	—	—	—

Diese Uebersicht gibt einen ausgezeichneten Einblick in die eigentümliche Verzweigung der chemischen Frauenarbeit in Oesterreich. Sie zeigt die oben schon hervorgehobene Tatsache, daß die größeren Betriebe mit der vermutlich größten Arbeitszeit auf Grund des bekannten kapitalistischen Grundgesetzes die ausgedehnteste Verwendung für Frauenarbeit haben, auch in der chemischen Industrie. Je größer der Betriebsumfang, desto höher der Prozentsatz der weiblichen Arbeit, auch in einer so gesundheitschädlichen Branche, wie der ungeringen. Es ist ein ganz unschätzbare Nebengewinn der österreichischen Erhebung, daß sie nicht bloß die Arbeitszeitverhältnisse, sondern auch den sozialen Aufbau der Arbeiterschaft nach Alter, Geschlechtern und ihrer Verteilung auf die Größenklassen der Betriebe so klar aufzeigt. Entweder sind wir in Deutschland in gleichen Verhältnissen, ohne es zu wissen, weil uns gleich gute amtliche Erhebungen fehlen, oder wir sind mindestens auf dem Wege zu dieser Entdeckung, da uns gleiche kapitalistische Gesetze regieren, wie in Oesterreich.

Die Ziffer der in Tag- und Nachtschichten beschäftigten chemischen Arbeiter wird mit 9 463 angegeben.

In der Hauptsache, in der Ausdehnung der Arbeitszeit, ergibt sich zunächst ein nur sehr wenig erhebliches Bild. 50,1 Prozent aller chemischen Arbeiter hatten 10—11 Stunden, nur 49,7 Prozent unter 10 Stunden tägliche Beschäftigung. Werden aber nichtkontinuierliche und kontinuierliche Betriebe gesondert betrachtet, so zeigt sich, daß in nichtkontinuierlichen Betrieben (s. oben) von je 100 Betrieben bezw. Betriebsabteilungen

9 Stunden und weniger: 5,2 Prozent der Betriebe und 4,9 Prozent der männlichen, sowie 6,2 Prozent der weiblichen Arbeiter;

9 bis 10 Stunden: 45,6 Prozent der Betriebe und 44 Prozent der männlichen, sowie 45,3 Prozent der weiblichen Arbeiter.

10 bis 11 Stunden: 50,6 Prozent der Betriebe und 50,8 Prozent der männlichen, sowie 48,5 der weiblichen Beschäftigten arbeiteten. Weniger als 9 Stunden schafften nur 12 Betriebe bezw. Abteilungen mit 536 Personen, 237 männlichen und 299 weiblichen. Andererseits sind sogar 2 Betriebe mit 61 männlichen Arbeitern ausgeführt, die mehr als 11 bis 12 Stunden, also weit über den gesetzlichen Arbeitstag hinaus, schafften. In den kontinuierlichen Betrieben vollends hatten 97 Prozent der Fabriken und 92 Prozent der männlichen, 100 Prozent der weiblichen Arbeiter zwölfstündige Arbeit, und nur 8 Prozent der männlichen Arbeiter in 3 Prozent der Fabriken die Achtstundenschicht. Auch in Oesterreich ist also unsere Industrie eine Beschäftigungsart mit vorwiegend langer Arbeitszeit für die Proletarier. In nichtkontinuierlichen Betrieben überwiegt bei weitem der Erntestundentag und es kommen sogar unmensliche Arbeitszeiten von noch längerer Dauer vor. In kontinuierlichen Betrieben aber ist die Zwölfstundenschicht so gut wie herrschend und die durch die Verhältnisse des fortgesetzten Betriebes doch beinahe mit Notwendigkeit gegebene Achtstundenschicht die große Ausnahme. Interessant dagegen ist, daß der Satz, daß die Frauenarbeit immer und regelmäßig zur Verlängerung der Ausbeutungszeit dienen muß, hier nicht zutrifft. Die weiblichen Arbeiter stellen aus ihrer Mitte einen höheren Prozentsatz als die männlichen von solchen Angehörigen, die in der Gruppe mit kürzerer Arbeitszeit schafften (6,2 Prozent gegen 4,9 Prozent).

Eine Spezialisierung nach chemischen Branchen und ihrer speziellen Arbeitszeit für Oesterreich liefert schließlich folgende Uebersicht. Von je 100 Arbeitern schafften

in der Gruppe:	bis zu 9 Stunden	9—10 Stunden	10—11 Stunden
	Prozent	Prozent	Prozent
Chemische Produkte	10,2	38,1	51,7
Leuchtgas	15,1	62,4	22,5
Erdöldestillation	—	45,2	53,9
Farbstoffe	6,3	49,2	44,5
Alkaloide	—	95,1	4,9
Margarine, Seife	2,5	67,7	28,8
Fette, Öle	—	1,3	98,7
Explosivstoffe	27,5	53,6	18,9
Zündhölzchen	—	16,0	84,0
Spodium	3,3	44,5	51,4

Die günstigsten Arbeitszeiten hatten danach die Arbeiter der Explosivstoff-Industrie und der Leuchtgasbranche; mit vorwiegend mittlerer Arbeitszeit folgten die Arbeiter der Alkalien-, Margarine- und Seifenfabrikation; unter den längsten Arbeitszeiten aber litten die Proletarier der chemischen Produkte, Erdöldestillation, Farbstoffe, Zündhölzchen- und Fett- bzw. Delinindustrie, wo immer mehr als die Hälfte, meist neun Zehntel der Beschäftigten die längsten Arbeitszeiten auszuhalten hatten.

Soweit die österreichische Statistik für heute. Wir werden noch öfter auf Einzelstellungen derselben zurückkommen haben, bis unsere Verbandsstatistik für Deutschland hoffentlich mit annähernd gleicher Vollständigkeit vorliegt. Die österreichischen Zahlen entrollen düstere Lebensbilder, aber sie zeigen doch wenigstens auch schon die Stellen, an denen unsere dortigen Kollegen mit ihrer Organisations- und Kampfarbeit am ersten einzusetzen haben. Ihre Leiden sind unsere Leiden, ihre Erfolge unsere Erfolge!

Arbeit für die Gewerbeinspektion!

Viele Unfälle kommen in chemischen Fabriken Jahr für Jahr beim Reinigen großer Schwefelsäuretransportgefäße vor, wenn sie sich in ihnen abgehenden Schlamm vor, namentlich wenn sie sogenannte Abfallsäure enthalten, d. h. Schwefelsäure, die schon zur Herstellung von Nitroglycerin, Nitrozellulose oder anderen Nitroverbindungen gebraucht hatten, und die dabei immer noch bedeutende Mengen von Salpetersäure enthält. Hier entwickeln sich beim Aufräumen des abgefestigten Schlammes mit Wasser die so gefährlichen rotbraunen Dämpfe von Unterjodpetersäure, deren Einatmung nach einigen Stunden heftige Entzündungsanfänge hervorruft, denen die Betroffenen in wenigen Stunden erliegen. Im vorigen Jahre sind wieder eine ganze Reihe Arbeiter in den Bezirken Venedig, Arnsberg und Döppers auf diese Weise ums Leben gekommen. Jahrzehnte lang können sich jedes Jahr dieselben Unfälle aus denselben Ursachen ereignen, in denen Menschen ums Leben oder zu schweren Gesundheitschäden kommen. Aber Verbote, die die Wiederholung der Unfälle unmöglich machen, werden nicht erlassen, denn die Industrie könnte dadurch ja „beunruhigt“ werden. Hier bleibt den Kollegen, die ihre Haut zu Markte tragen, nichts übrig, als sich selbst zu rühren, sich selbst über die ihnen drohenden Gefahren zu orientieren und solche Unfälle entschließen nicht länger zuzulassen.

Unternehmerprofite.

Die Anhaltisch-Weißfällische Sprengstoff-Gesellschaft erzielte im Jahre 1906 bei einem Stammkapital von 3 Millionen Mark 853 000 Mark Reingewinn, gegen 686 000 Mark im vorigen Jahre. Das ist ein Mehr von 197 000 Mark. An Dividende zahlte die Gesellschaft 17 1/2 Prozent, gegen 15 Prozent im Vorjahre. Die Gesellschaft, die in der Schweiz einen Betrieb mit circa 25 Arbeitern, in Hatten in Westfalen einen Betrieb mit 400 Arbeitern, in Reinsdorf bei Wittenberg einen Betrieb mit ebenfalls 400 Arbeitern und in Goswig (Anhalt) einen Betrieb mit durchschnittlich 60 Arbeitern unterhält, hat demnach an jedem von ihr beschäftigten Arbeiter rund 963 Mark verdient. Den Eigentümern der Fabriken, den Herren Aktionären, die sich das ganze Jahr um den Betrieb nicht kümmern, fällt der reiche Dividendenertrag zu, ohne daß sie dafür auch nur einen Finger gerührt haben, und die Arbeiter, die die Dividende erarbeiten haben und mit einer geringen Bezahlung abgepeppt wurden, die nur eine mangelhafte Ernährung ermöglicht, haben dabei ständig ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt.

Wir wollen hierbei nur an einen Fall erinnern. Am 28. Dezember 1905 fand in Reinsdorf eine Explosion statt, bei welcher 8 Arbeiter und ein Ingenieur ihr Leben einbüßten. Vier Arbeiter waren sofort tot und die anderen starben unter unglücklichen Qualen wenige Stunden später. Der Ingenieur wurde nicht berührt; er ist vor Schreck gestorben. Bürgerliche Zeitungen setzen ihrem Bericht

über das Unglück am Schluß hinzu: Der Materialschaden ist gering, der Betrieb wurde nicht gestört.

Sollte nicht den Herren Aktionären, wenn sie die 17 1/2 Prozent Dividende schmunzelnd einstreichen und dabei nachdenken, unter welchen Entbehrungen und Gefahren seitens der Arbeiter dieser Gewinn erzielt wurde, ein klein wenig das Gewissen schlagern? Wir glauben es kaum.

Bayerische Wohlfahrtsvereinigungen.

Die Direktion der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. in Elberfeld-Leverkusen hat folgende Bestimmungen für die Bewilligung von Urlaub ihrer Arbeiter getroffen: Nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von mindestens fünf (!) Jahren erhalten die Arbeiter nach Ablauf des fünften Dienstjahres einen Urlaub von drei Tagen, nach Ablauf des zehnten Dienstjahres einen solchen von vier Tagen, nach Ablauf des fünfzehnten Dienstjahres fünf Tage und so fort, bis mit dem Ablauf des fünfundsingzigsten Dienstjahres die höchste (!) Urlaubszeit mit sieben (!) Tagen erreicht ist. Die Arbeitszeit der Arbeiter unter 21 Jahren wird nur zur Hälfte (!) angerechnet. Unterbrechungen der Arbeitszeit durch Krankheiten stehen der Bewilligung „nicht entgegen“; auch die Erfüllung der Militärdienstpflicht gilt nicht als Unterbrechung; doch kommen diese Zeiten bei Festsetzung der Dauer des Urlaubs nicht (!) in Anrechnung. Während der Urlaubszeit, die ausschließlich der Erholung dienen muß, wird nicht bloß der volle Lohn vergütet, sondern außerdem noch eine Urlaubszulage von 15 Prozent gewährt. Wir stehen nicht an, die Tatsache zu begrüßen, daß endlich eine chemische Riesenfabrik wie die Bayerische, die zuletzt über 30 Prozent Dividende zahlte, dazu übergeht, einen winzigen Teil ihres Ueberschusses für die Gewährung eines Urlaubs an langjährige Arbeiter zu verwenden. Das ist grundsätzlich ein Gewinn und ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung. Wie unendlich kleinlich sind aber die Bedingungen, unter denen die neue „Wohlfahrt“ gewährt wird. Sie bleiben weit hinter ähnlichen Bestimmungen viel ärmerer Städte zurück, die ihren ständigen Arbeitern bezahlten Urlaub geben. Bei diesen beträgt die Karenzzeit meist drei Jahre, und das ist schon lange genug, weil nicht einzusehen ist, warum z. B. ein Arbeiter, der ein halbes Jahr seine Gesundheit für Bayer riskiert hat, nicht bereits Anspruch auf 3 Tage Erholung haben sollte. Bayer u. Co. beschränken aber ihre „Wohlfahrt“ gar auf die wenigen Arbeiter, die bei dem bekannten Wechsel in allen Götterden fünf Jahre ausgehalten haben, und dann rechnen sie Krankheit und Militärdienst nicht mit! Wie trügerisch und unpatriotisch. Wenn man dies oben erwähnt, gibt's nicht einmal einen Orden!

Deutsche Schenkerkonkurrenz in England?

Wenn die großen Londoner Blätter, die in solchen Angaben äußerst gewissenhaft sind, recht berichten, so wäre die englische Explosivstoff-Industrie seit drei Jahren im Niedergang begriffen. Die Regierung habe nach dem Buren-Kriege an der Politik festgehalten, soweit wie möglich ihre Aufträge an Privatfabrikanten einzuschränken. Dabei sei der industrielle Handel so zurückgegangen, daß zu Preisen verkauft werde, die einen Verlust zur Folge hätten. Dieser unglückliche Zustand sei eine Folge des Wettbewerbes, der in erster Linie von einer deutschen Firma ausgegangen sei. Englische Firmen seien dem Beispiele der deutschen gefolgt, ohne Erfolg zu haben. Es sei kein Geheimnis, daß augenblicklich Lieferungsverträge in Kraft seien, die Firmen zwängen, unter dem Kostenpreise zu liefern. Eine Gesellschaft habe sich dadurch genötigt gesehen, ihren Aktionären Maßnahmen zur Veränderung ihrer Finanzunterlagen vorzuschlagen. Wenn man an die Entschädigungen denkt, die 1896 in der Schrit von Feuchter über den deutschen Pulverriegel (Kottweil-Hamburg-Rheinland-Westfalen) veröffentlicht wurden, so hat man vielleicht einen Teil der Erklärung für die englische Nachtrübe. Schon damals war der deutsche Pulverriegel an einem englischen Unternehmen (The Chilworth Gunpowder Company) beteiligt und lieferte ins Ausland bis 25 Prozent billiger als an das Deutsche Reich. Vermutlich liegen jetzt wieder ähnliche Verhältnisse vor, und der allgemeine Sackel, sowie die deutschen Pulverarbeiter müssen die Schenkerkonkurrenz bezahlen, die gegen die unter strengem Arbeiterchutz stehende englische Pulverindustrie getrieben wird. Unübersehbare „Patrioten“, unsere Herren Unternehmer!

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Mißstände in Dresdener Ziegeleien.

In der Dampfziegelei Kunath in Dresden-Gorbitz ertrank am 6. August ein Kind des dort beschäftigten Arbeiters Wätmer. Das Kind ist wahrscheinlich beim Spielen in das ungefähr 2 Meter tiefe Bassin gefallen und konnte, da Hilfe nicht zur Stelle war, nur als Leiche geborgen werden. Daß dort nicht noch mehr Unfälle vorkommen, muß fast wundernehmen. Die Umfassungsmauern des Bassins sind an zwei Stellen durchbrochen, schräg über Eck liegt eine hölzerne Brücke mit Schienen, über die mit Ziegeln gefahren werden muß. An den durchbrochenen Stellen ist keinerlei Schutzvorrichtung angebracht, an der einen Seite der meterlangen Brücke ist gar kein Geländer, an der anderen nur eine wackelige Stange. Nicht daneben ist eine Wohnung, wo eine Anzahl Kinder täglich aus- und eingehen, in der Nähe herumspielen und so leicht hineinfallen können. Da ist es denn ein so magerer Trost, wenn die Frau Besitzerin auf die Sammelstätte der Arbeiterschaft 1 Mk. zehmet, und weil einige Kollegen auch 1 Mk. gestiftet haben, noch 30 Pf. zubezahlt. Es ist wohl zu hoffen, daß sich die Verhärde die Unglücksfälle einmal genauer anseht. Eine ganze Reihe Beschwerden liegen noch vor. Da sind bei den Kollergängen zwei Fahrstühle in Betrieb, jeder hat eine Führungsschiene für die Schuttbörse, die letztere fehlt aber vollständig. Dann ist vorhanden ein unbedecktes Kellerloch, über dieses hinweg führt eine Fahrbrücke mit Schienen, wo die Ziegeleien darüber gefahren werden. Geländer fehlt links und rechts, ein Fehltritt bringt den Fall in das Loch mit sich. Vor Jahren stürzte eine Frau in die Tiefe, schlug unten auf ein Faß und zerstückte sich ein Bein. Der eine der Ziegeleien verbot der unglücklichen Arbeiterin, die Wahrheit zu sagen, sie solle angeben, sie sei auf die Schienen gefallen, so hat sie es auch erzählt, auch die Zeitungen haben damals so berichtet. Dann wurde schnell ein alter Boden über das Loch gedeckt, um die Sache zu verjähern, heute fehlt auch dieser zweifelhafte Schutz, nur ein schmales Brett ist hingelagert worden. Ein anderer Fahrstuhl ist an drei Seiten ohne Schutz, auf einer seitwärts befindlichen Leiter müssen Männer und Frauen raufflettern, wollen sie nicht den langen Weg um den Dien zurücklegen. Nur durch Geistesgegenwart wurde es immerzeit verhindert, daß eine Arbeiterin unter den Fahrstuhl kam. Da die Leiter lebensgefährlich ist, hat der Gewerbeinspektor schon die Anbringung einer Treppe verlangt, bis heute ist diese Anweisung nicht befolgt. Die Ziegeleien sind ohne Bremse, geht es bergab, dann muß mit einem Knüttel an den Räder zu gebremst werden. In den engen Ziegelgängen ist das lebensgefährlich. Eine Frau ist heute noch invalid infolge einer Quetschung durch eine abwärts fahrende Vore. Kürzlich wurde an einer Kurve, die hinter einem großen Ziegelstos führt, ein Pferd überfahren. — Alles das wird aber in den Schatten gestellt durch die Gesetzesübertretung bei Kinderbeschäftigung. Während diese überhaupt in Ziegeleien verboten ist, werden dort eine ganze Anzahl beschäftigt, darunter waren noch nicht 12 Jahre alte. In den Ferien arbeiten sie von früh 6 bis abends 6 1/2 Uhr.

Zu allem Ueberflus werden sie auch noch an der Dachziegelpreß beschäftigt, und dort ist erst in letzter Zeit, infolge der Kritik einer abgehaltenen Betriebsversammlung, eine Schutzvorrichtung an die Transmissions gemacht worden. Bei solch billigen und willigen Arbeitkräften, die auch zu anderen Arbeiten verwendet werden, die

